



NeFo-Artikel

# Wofür brauchen wir einen Weltbiodiversitätsrat?



IPBES-Plenum Bonn  
Foto: S. Tilch/NeFo

Von Verena Müller und Sebastian Tilch

Vergangenes Jahr holte Deutschland den Sitz des Sekretariates des künftigen „Weltbiodiversitätsrates“ nach Bonn. Nun treffen sich hier vom 21. bis 26. Januar die Mitgliedstaaten zur ersten offiziellen Vollversammlung. Die Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) soll als Politikberatungsgremium politischen Entscheidungsträgern zuverlässig unabhängige und glaubwürdige Informationen über die Lage zur biologischen Vielfalt zur Verfügung stellen. Fragen des ersten Plenums sind, nach welchem Mehrheitsprinzip IPBES künftig Entscheidungen fällt, wer im wissenschaftlichen Expertenausschuss sitzt und nach welchen Kriterien thematische Schwerpunkte gesetzt werden. Die Themen selbst werden noch nicht verhandelt.



Über zwanzig Jahre ist es her, dass bei der „Riokonferenz“ der Beschluss gefasst wurde, dass man der rapide steigenden Habitatzerstörung und damit dem Verlust der biologischen Vielfalt nicht mehr tatenlos zusehen könne. Eilig wurde das Übereinkommen über die biologische Vielfalt CBD gegründet, das Staatenbündnis, das seither versucht, trotz widersprüchlicher Interessen, die Mitgliedstaaten dazu zu bewegen, an einem Strang zu ziehen und das Schlimmste noch abzuwenden. Doch im Gegensatz zum Klimawandel scheint die Brisanz durch den Verlust der natürlichen Ökosysteme und ihrer Vielfalt an Arten in der internationalen Politik noch nicht verstanden worden zu sein.

Unter anderem da die Prozesse hinter diesem Schwund nicht ausreichend bekannt sind, sagten sich die Staatenvertreter und schicken nun die Wissenschaft im Rahmen des neu gegründeten Gremiums IPBES los, um Zusammenhänge, Verursacher und Lösungsmöglichkeiten zusammenzutragen - Wissen, das überall in der Welt bereits vorliegt. Naturschützer, Forscher und besorgte Politikvertreter erhoffen sich von dem Gremium eine ähnliche Wirkung wie vom Weltklimarat IPCC, der den Klimawandel zweifelsohne in der politischen Wahrnehmung nach oben katapultierte.

IPBES soll keineswegs ein Gremium sein, das der Weltbevölkerung jeden Tag aufs Neue dramatische Zukunftsszenarien präsentiert. Denn am tatsächlichen Verlust der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme zweifelt inzwischen kaum noch jemand. Vielmehr soll eine interdisziplinäre Plattform entstehen, die das aktuelle Wissen aus Forschung und Gesellschaft über die Ursachen und Verursacher des Schwundes zusammenträgt und den Entscheidungsträgern so die Konsequenzen der verschiedenen Handlungsoptionen vor Augen führt.



Ökosysteme mit hoher Biodiversität bewältigen u.a. Stress besser. Jenaexperiment  
Foto: Uni-Leipzig



Thematische Berichte sollen die Politik auf den nötigen Wissensstand bringen, um Zukunftsentscheidungen über Landnutzung, Renaturierungsmaßnahmen oder den Schutz bisher weitgehend verschonter Gebiete und Arten auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene adäquat treffen zu können. „Die Schwierigkeit besteht dabei vor allem darin, die verschiedenen Sichtweisen von Naturschutz und -nutzung bzw. ihrer Vertreter in Gesellschaft, Politik und Forschung angemessen einzubinden“ meint Dr. Carsten Neßhöver, Projektleiter von Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland. „Es wird darum gehen, sowohl die verschiedenen Triebkräfte für den Verlust der biologischen Vielfalt und natürlicher Ökosysteme als auch die Vielzahl an so genannten Ökosystemleistungen zu berücksichtigen, die sich lokal stark unterscheiden und weltweit ganz verschiedene Bedürfnisse abdecken.“

Das Themenfeld ist also sehr breit und komplex und bedarf entsprechend auch komplexer Ansätze der Wissensnutzung. Deshalb sollen nicht nur, wie beim IPCC, wissenschaftliche Publikationen in die Berichte einfließen, sondern u.a. auch Wissen aus der Praxis und das sogenannte indigene Wissen, das in einigen Weltregionen für Entscheidungen über den Schutz und die nachhaltige Nutzung von Naturgütern von großer Bedeutung sein kann. Beispiele hierfür sind alternative Kulturpflanzenarten oder Anbaumethoden, die zur Erhaltung natürlicher Lebensräume, genetischer Ressourcen für bspw. Nahrungsmittel oder Arzneipflanzen und der Bodenfruchtbarkeit beitragen.

Wie IPBES genau aussehen soll, wurde über fünf Jahre diskutiert. Ein wesentlicher Aspekt dabei war, aus früheren Erfahrungen wie dem Weltklimarat IPCC und dem Millennium Ecosystem Assessment von 2005 zu lernen. „Gerade weil bei Fragen zu globalen Umweltproblemen die Grenzen zwischen Wissenschaft und Politik verschwimmen, muss hier bei der Zusammenarbeit ein neuer transparenter und offener Ansatz etabliert werden“ meint Carsten Neßhöver. „Ob und wie dies gelingt, wird ein



60 Milliarden Euro jährlich würde die Erhaltung bestehender und Einrichtung neuer Naturschutzgebiete weltweit kosten - das entspricht 20% der Ausgaben für Erfrischungsgetränke (Science)

Foto: A. Damm/pixelio



Ergebnis der Sitzung in Bonn sein."

Als besonders wichtig betrachtet Neßhöver, dass versucht werden muss, eine hohe Politikrelevanz der Arbeit des Rates sicher zu stellen. Dies soll unter anderem dadurch erreicht werden, dass die Entscheidung über die Themen, die tatsächlich durch IPBES bearbeitet werden, die Vollversammlung der Staatenvertreter nach gesellschaftsrelevanter Dringlichkeit trifft (und nicht etwa das wissenschaftliche Expertengremium).

Nach bisherigen Vorschlägen des UN-Umweltprogramms UNEP sollen dabei Themenvorschläge aus Staatenverbänden wie z.B. UN-Regionen o.ä. Vorrang gegenüber Einzelvorschlägen haben. Da die allermeisten Staaten auch Unterzeichner anderer weltweiter Konventionen (z.B. CBD, UNCCD oder Ramsar-Konvention) sind, werden an IPBES mit hoher Wahrscheinlichkeit Themen aus diesen Konventionen herangetragen, die besonderen Klärungsbedarf haben. Diese Verhandlungen werden allerdings erst für die zweite Vollversammlung Ende 2013 erwartet.

Bei einem von BMBF, BMU und Nefo organisierten Workshop hatten schon im Jahr 2011 die wichtigsten deutschen Forschungsorganisationen und gesellschaftlichen Player ihr Interesse an Beiträgen zu IPBES geäußert ([siehe Abschlusserklärung](#) [pdf]). Wie sich die Biodiversitätsforschung in IPBES einbringen kann, ist allerdings noch unklar. Klar ist lediglich: Es sollen vor allem exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sein, die in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Expertengremium von IPBES z. B. an den Berichten dieses Politikberatungsgremiums mitarbeiten.

Doch wie zeichnet sich in diesem Zusammenhang wissenschaftliche Exzellenz aus? „Die disziplinäre Wissenschaft wird vor allem nach den herkömmlichen Messmethoden wie Impact Faktoren (Anm. d. Red.: Einfluss eines wissenschaftlichen Journals auf die Wissenschaftswelt) gemessen“, so Dr. Uta Eser, Umweltethikerin an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen im [NeFo Video-Interview](#). „Diese Messungen gibt es für die interdisziplinäre Wissenschaft jedoch nicht, die man bei IPBES aber genau braucht.“



Prof. Katrin Böhnung-Gaese, Bik-F, im NeFo-Interview über Beteiligung an IPBES  
Foto: S. Zimmer



Außerdem ist die Mitarbeit aus Sicht der Forschenden mit einigen Herausforderungen verknüpft. Exzellente Wissenschaftler haben wenig Zeit. „Oft haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als einzelne Individuen in ihren Fachbereichen gar nicht die Ressourcen und das Personal“ meint Prof. Katrin Böhning-Gaese vom Biodiversitäts- und Klimaforschungszentrum Frankfurt im [Video-Interview](#). Auch ihr Kollege Professor Karl Eduard Linsenmair, Vorsitzender der Gesellschaft für Tropenökologie GTÖ, wünscht sich mehr Unterstützung für die Forschenden an Universitäten, und fordert angemessene Anreizsysteme für ein Engagement in der Politikberatung und Finanzierung von Hilfskräften.

Sicherlich wird auch die Qualitätssicherung in IPBES eines von zahlreichen Themen sein, denen sich die erste Vollversammlung der Mitgliedsstaaten in Bonn widmen wird. Denn hier lauern, wie das Beispiel IPCC zeigte, Gefahren. „Letztendlich muss es bei IPBES gelingen, das Gleichgewicht zwischen politischer Relevanz und wissenschaftlicher Qualität sicherzustellen.“ meint Carsten Neßhöver. Das bedeutet eine gegenseitige respektvolle Zusammenarbeit zwischen Politik und Forschung. Keine leichte Übung. Ob es gelingt, wird sich zeigen.

## IMPRESSUM

Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist ein Projekt gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Das Projekt wird maßgeblich durchgeführt vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ Leipzig und dem Museum für Naturkunde Berlin (MfN). Weitere Informationen und Hinweise zum NeFo-Projekt und Team unter [www.biodiversity.de](http://www.biodiversity.de).